

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 150.

Donnerstag den 4. Juli 1867.

(193—2) Rundmachung.

Die für das erste Semester 1867 mit
zwanzig Gulden ö. W.
für jede Bankactie bestimmte Dividende kann vom
1. Juli 1867

angefangen bei der Actiencaffe der Nationalbank
begehoben werden.

Wien, am 25. Juni 1867.

Pipis,
Bank-Gouverneur.

Trebisch,
Bank-Director.

(190—3)

Nr. 2961.

Rundmachung

des k. k. Hauptsteueramtes Laibach,

betreffend die Ueberreichung der Hausbeschreibungen und Hauszinsbekenntnisse für die Zeit
seit Georgi 1867 bis hin 1868.

Zum Zwecke der Umlegung der Hauszinssteuer für das nächstfolgende Verwaltungsjahr 1868 sind die vorgeschriebenen Hausbeschreibungen und Zinsertrags-Bekenntnisse für die Zeit von Georgi 1867 bis Georgi 1868 auf die bis nun üblich gewesene Art bei dem gefertigten k. k. Hauptsteueramte innerhalb der unten festgesetzten Termine während den vor- und nachmittägigen Amtsstunden einzu-reichen.

Die Herren Hauseigenthümer, Nutznießer, Administratoren und Sequester von Gebäuden, so wie deren Bevollmächtigte hier in der Stadt und den Vorstädten Laibachs werden somit zur rechtzeitigen und genauen Vollziehung der in dieser Angelegenheit bestehenden Gesetze und Vorschriften angewiesen und aufgefordert, sich bei Abfassung der Hausbeschreibungen, dann der Hauszins-Bekenntnisse genau nach der in voller Wirksamkeit bestehenden Belehrung vom 26. Juni 1820 zu benehmen, wobei zugleich bemerkt wird, daß auch alle Gärten, Buben, Kramläden, deren Benützung oder Vermietung dem Eigenthümer nicht bloß zeitweise zusteht, und bezüglich welcher diesem auch das Eigenthum der Grundfläche, auf der sie errichtet sind, zukommt, so wie alle zu einem Hause gehörigen vermieteten Hofräume, Objecte der Hauszinssteuer bilden.

Die einzubringenden Hauszins-ertrags-Bekenntnisse, gleichwie die denselben beizuschließenden Hausbeschreibungen sind vor ihrer Ueberreichung noch einer sorgfältigen Prüfung vorzüglich in folgenden Richtungen zu unterziehen:

1. Ob in dieselben alle Hausbestandtheile richtig aufgenommen wurden; die Hausbestandtheile sind nämlich mit, ihrer Lage nach von zuunterst angefangen, fortlaufenden Zahlen, wie dies die Belehrung vom 26. Juni 1820 anordnet, in den Bekenntnissen — genau übereinstimmend mit den Beschreibungen — aufzuführen.

Die bei einem oder dem andern Hause gegen das verflossene Jahr eingetretenen Aenderungen müssen jedesmal in der Hausbeschreibung, und zwar in der Rubrik „Anmerkung“ nachgewiesen werden, und es dürfen bei jenen Häusern, welche sich ganz oder zum Theile im Genuße von Baufreijahren befinden, die steuerfreien Bestandtheile durchaus keine andere Zahlenbezeichnung erhalten, als jene, welche sie durch die Baufreijahres-Bewilligung erhielten.

Das Decret, mittelst welchem eine noch gültige zeitliche Zinssteuerbefreiung bewilligt wurde, ist jedesmal in der Colonne „Anmerkung“ aufzuführen.

2. Ob genau diejenigen Zinsbeträge, welche mit Berücksichtigung der etwa eingetretenen Zinssteigerungen oder Zinsermäßigungen für jedes der vier Quartale des Jahres 1867 bedungen wurden, und welche den Maßstab zur Bemessung der Hauszinssteuer für das Steuer-Verwaltungsjahr 1868 zu bilden haben, sowohl nach ihren viertel-jährigen Theilbeträgen als in ihren ganzjährigen

Summen aufgenommen wurden. Hierbei wird mit Beziehung auf die §§ 15 und 16 der erwähnten Belehrung erinnert, daß nebst den verabredeten baren Miethzinsbeträgen auch alle aus Anlaß der Miethes sonst noch bedungenen Leistungen im Gelde, an Arbeit und Naturalien, an Steuern und Reparaturbeiträgen u. dgl. in Anschlag zu bringen und einzubekennen sind; daß die von den Hauseigenthümern selbst benützten, oder an Anverwandte, Hausverwalter, Hausmeister, sonstige Angehörige oder Dienstleute überlassenen Wohnungen — um sonst einzutretenden ämtlichen Zinswerthserhebungen, wie solche in den Jahren 1864 bis 1866 gegen mehrere Hausbesitzer bereits durchgeführt wurden, zu begegnen — mit den Miethzinsen der übrigen Wohnungen desselben oder der nachbarlichen Häuser in billiges Ebenmaß zu setzen, also mit jenen Zinsbeträgen einzubekennen sind, welche für dieselben von fremden Partien, abgesehen von allen Nebenrückichten, erzielt werden könnten, beziehungsweise früher wirklich erzielt wurden; endlich, daß von Seite der Hausbesitzer oder deren Bevollmächtigten nach der Bestimmung des § 30 der Belehrung der gestattete 15percentige Abschlag weder von den Zinsungen der in eigener Benützung stehenden, noch von jenen der vermieteten Wohnungen stillschweigend veranlaßt werden darf, weil dies Sache der Zinserhebungsbehörde zu bleiben hat.

3. Ob die eingestellten Zinsbeträge, wie solches die §§ 21, 22, 23 der Belehrung vorzeichnen, je nach Bestand und Dauer der Miethes bezüglich ihrer Richtigkeit von sämtlichen Wohnparteien eigenhändig bestätigt, oder bei des Schreibens unkundigen Miethpartien durch einen Namensschreiber als Zeugen unterfertigt seien, wobei die Miethpartien zugleich aufmerksam gemacht werden, daß im Falle der Bestätigung einer unrichtigen Zinsangabe auch sie einer verhältnißmäßigen Bestrafung unterliegen.

Zu diesem Punkte werden die Herren Hauseigenthümer mit Hinweisung auf das kaiserliche Patent vom 19. September 1857, womit die österreichische Währung als der alleinige gesetzliche Münz- und Rechnungsfuß angeordnet wurde, aufmerksam gemacht, daß in den Zinsertragsbekenntnissen die Miethzinse in österr. Währung einzustellen kommen.

4. Ob auch richtig alle unbewohnten und unbenützt stehenden Hausbestandtheile nach Vorschrift der §§ 25 und 26 der Belehrung mit den angemessenen Zinswerthsbeträgen angesetzt seien, weil für den Fall der Fortdauer des Unbenütztseins derselben über eingebrachte besondere Anzeigen der Anspruch auf verhältnißmäßige Abschreibung der vorgeschriebenen, beziehungsweise Rückerlass der bereits eingezahlten Zinssteuergeldbühr erwächst.

Das unterbliebene Einbekenntniß eines aus der Vermietung von Hausbestandtheilen bezogenen Zinses ist auch dann eine als Zinsverheimlichung strafbare Unrichtigkeit, wenn diese vermieteten Hausbestandtheile für sich allein oder mit anderen vereint als in der eigenen Benützung des Hauseigenthümers angegeben und als solche ohne Anlaß seines Zinswerthes gelassen werden.

Auch müssen zufolge des hohen Gubernial-Intimates vom 24. Juli 1840, Z. 18051, in die Hauszinsbekenntnisse die Feuerlösch-Requisiten-Depositorien und die Fleischbänke einbezogen werden, weil für die genannten Abicationen, wenn sie gleich keinen reellen Zinsertrag abwerfen, doch im Wege der Parification ein angemessenes Zinsertragniß ermittelt werden kann.

Am Schlusse jedes Zinsertragsbekenntnisses ist die Klausel, wie solche der § 27 der Belehrung vom 26. Juni 1820 vorzeichnet, beizusetzen und das Bekenntniß eigenhändig von dem Hauseigenthümer oder dessen bevollmächtigten Stellvertreter, bei Curanden durch den Curator zu unterfertigen.

Sind mehrere Personen Eigenthümer eines Hauses, so ist das Bekenntniß von allen eigenhändig zu unterfertigen und darf demselben kein Collectivnahme beigelegt werden.

Jene Individuen, welche zur Verfassung, Unterfertigung und Ueberreichung der Zinsertragsbekenntnisse von Seite der dazu Verpflichteten beauftragt oder ermächtigt werden, haben eine auf diesen Act lautende Special-Vollmacht dem Bekenntnisse beizulegen, doch wird ausdrücklich bemerkt, daß im Falle einer in demselben entdeckten Unrichtigkeit oder eines Gebrechens nur die Vollmachtsgeber, d. i. die Hausbesitzer selbst, oder die nach den §§ 27 und 28 der Belehrung vom 26. Juni 1820 zur Fassionseinbringung Verpflichteten dem Steuerfonde verantwortlich und haftend bleiben.

Die Namensfertiger der des Schreibens unkundigen Parteien, denen die in der Fassion ausgesetzten Zinsbeträge genau angegeben werden müssen, bleiben für das beizusetzende Kreuzzeichen verantwortlich, und es wird hier bloß noch beigelegt, daß zur Namensfertigung niemand aus der Familie oder aus der Dienerschaft des Hauseigenthümers verwendet werden darf.

Bei schreibensunkundigen Hauseigenthümern muß das beigelegte eigenhändige Kreuzzeichen außer dem Namensfertiger auch noch ein zweiter schreibenskundiger Zeuge bestätigen.

Für jedes mit einer besondern Conscriptionszahl oder zugleich mit mehreren derlei Zahlen bezeichnete Haus, so wie für jedes andere für sich bestehende Hauszinssteuerobject ist ein abgesondertes Zinsbekenntniß zu überreichen, und es sind nicht die Zinsertragsbekenntnisse von mehreren, einem Eigenthümer gehörigen Häusern mit einander zu verbinden.

Zur Ueberreichung der eben besprochenen Hausbeschreibungen und Hauszins-ertrags-Fassionen sind nachstehende Termine festgesetzt worden, und zwar:

a) Der inneren Stadt

der 8. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. 100
" 9. " " " " 101 " " 200
" 10. " " " " " 201 " " lit. G.

b) Der St. Peter-Vorstadt

der 11. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. D.

c) Der Kapuziner-Vorstadt

der 12. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. D.

d) Der Gradtscha-Vorstadt

der 13. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. C.

e) Der Polana-Vorstadt

der 15. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. F.

f) Der Karlsstädter-Vorstadt

der 16. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. C.

g) Der Vorstadt Kühnerdorf

der 17. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. C.

h) Der Vorstadt Krafau

der 18. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. C.

i) Der Vorstadt Tirnau

der 19. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis incl. lit. D.

k) Für den Karolinengrund

der 20. Juli 1867 für die Häuser C.-Nr. 1 bis inclusive 60.

Einfache Erklärungen, daß sich der Stand der Miethzinse seit dem vorigen Jahre nicht geändert habe, werden nicht angenommen.

Wer die angegebenen Fristen zur Ueberreichung der Hausbeschreibungen und der Zinsertrags-Bekenntnisse nicht zuhält, verfällt in die mit § 20 der Belehrung für die Hauseigenthümer vorgeschriebene Behandlung.

Die besprochenen Zinsertrags-Bekenntnisse sollten in der Regel von den Hauseigenthümern persönlich überreicht werden, jedoch will man davon gegen dem abgehen, daß die respectiven Herren Hausbesitzer zur Ueberreichung derselben nur solche Individuen abordnen werden, welche zur Behebung allfälliger Anstände eine entsprechende Aufklärung zu geben oder eine Belehrung aufzufassen im Stande sind.

Laibach, am 24. Juni 1867.

k. k. Hauptsteueramt.

(192—3)

Nr. 2106.

Rundmachung.

Im Sprengel dieses Oberlandesgerichtes sind mehrere Auscultantenstellen mit und ohne Adjutum zu besetzen.

Bewerber um solche Stellen, welche, wenn sie in Krain angestellt zu werden wünschen, die Kenntniß der slovenischen Sprache ausweisen müssen, haben ihre gehörig zu belegenden Gesuche bis Ende Juli d. J.

im vorgeschriebenen Wege an dieses Oberlandesgerichts-Präsidium zu richten.

Graz, 26. Juni 1867.

Vom Präsidium des k. k. Oberlandesgerichtes.

(197—1)

Nr. 358.

Rundmachung.

Die nächste Prüfung aus der Staatsrechnungs-Wissenschaft wird am 22. Juli 1867 abgehalten werden.

Diejenigen, welche sich dieser Prüfung unterziehen wollen, haben ihre nach § 4, 5 und 8 des Gesetzes vom 17. November 1852 (Reichsgesetzblatt Nr. 1 vom Jahre 1853) verfaßten, vollständig instruirten Gesuche

bis längstens 18. Juli 1867

an den unterzeichneten Präses einzusenden und darin insbesondere documentirt nachzuweisen, ob sie die Vorlesungen über die Verrechnungskunde frequentirt oder, wenn sie dieser Gelegenheit entbehrt haben, durch welche Hilfsmittel sie sich als Autodidakten die erforderlichen Kenntnisse angeeignet haben.

Nicht gehörig belegte Gesuche werden abschlägig verbeschieden werden.

Graz, am 25. Juni 1867.

Präses der Prüfungs-Commission aus der Staatsrechnungs-Wissenschaft für Steiermark, Kärnten und Krain.

Josef Cal. Lichtnegel m. p.,
k. k. Statthalterei-Rath.

(201—1)

Nr. 7919.

Rundmachung.

Die französische General-Postdirection hat die Beschwerde erhoben, daß bei den französischen Postämtern häufig recommandirte Briefe aus Oesterreich einlangen, welche nur mit Einem Siegel oder derart verschlossen sind, daß die Siegel nicht alle Flügel des Umschlages vereinigen.

In Folge dieses mangelhaften Verschlusses treten häufig Verzögerungen in der Bestellung ein, da die französischen Postämter angewiesen sind, den vorschriftsmäßigen Verschuß solcher Briefe selbst zu bewerkstelligen.

Es wird demnach in Erinnerung gebracht, daß recommandirte Briefe nach und über Frankreich in einem besonderen Umschlage verwahrt und wenigstens mit zwei haltbaren Siegeln verschlossen sein müssen.

Die Siegel-Abdrücke sind von dem Aufgeber mit einem und demselben Petschaste in der Weise anzubringen, daß sie alle Flügel des Umschlages vereinigen.

Triest, den 27. Juni 1867.

k. k. kustenländische Postdirection.

(202—1)

Nr. 5094.

Vicitations-Rundmachung.

In Folge Erlasses der hohen k. k. Landesregierung vom 30. Juni 1867, Z. 5094, wegen Ausführung nachstehender Wasserbauten am Save-Flusse, und zwar:

1. Herstellung der Steinbuhnen im D. Z. IV/7 bis V/0 mit 1085 fl. 64 fr.
2. Reconstruction des Verschließungswerkes bei D. Z. V/1 mit 295 „ 18 „
3. Steinwurfsherstellung im D. Z. V/1—2 mit 696 „ 49 „
4. Herstellung der Landeinbindung im D. Z. V/3 — 4 mit 307 „ 30 „
5. Herstellung des Verschließungswerkes im D. Z. V/6 — 7 mit 2915 „ 54 „

wird die öffentliche minuendo Vicitation Montag den 15. Juli d. J., von 9 bis 12 Uhr Vormittags, bei dem k. k. Bezirksamte zu Gurkfeld unter den für Wasserbauausführungen bestehenden Bedingungen abgehalten werden.

Bedingniß gemäß verfaßte, mit 50 fr. markirte schriftliche Angebote, welche an der Adresse die Bezeichnung „Offert für Wasserbauten“ enthalten, sind bis zum Beginne der mündlichen Verhandlung beim k. k. Bezirksamte Gurkfeld einzubringen.

In jedem Falle hat der Bewerber das 5perc. Kautionsgeld zu erlegen.

Die auf diese Verhandlung Bezug nehmenden Acten werden vor der Vicitation bei der k. k. Bauexpedition Gurkfeld zur Einsicht aufliegen.

k. k. Bauexpedition Gurkfeld, am 30. Juni 1867.

(200a)

R u n d m a c h u n g.

Zur Sicherstellung des Heubedarfes im Subarrendirungswege für das Auslangen vom 1. September bis Ende October 1867, wie solche in der angehängten Uebersicht für alle Stationen des hierseitigen Verpflegsbezirktes ersichtlich sind, wird

am 16. Juli 1867,

Vormittags 10 Uhr, in der Kanzlei der k. k. Militär-Verpflegs-Verwaltung zu Laibach eine öffentliche Vicitation mittelst schriftlicher Offerte stattfinden.

Unternehmungslustigen wird zu ihrer Richtschnur Folgendes bekannt gegeben:

1. Die schriftlichen Offerte, gesiegelt, mit 50 fr. Stempel versehen und nach weiters ersichtlichem Formulare verfaßt, sind längstens bis 10 Uhr Vormittags des obigen Behandlungstages der k. k. Militär-Verpflegs-Verwaltung zu Laibach einzureichen.

2. Jeder Offerent hat sein auf 5 Percent des Werthes der offerirten Subarrendirungs-Artikel berechnetes Badium unter besonderem Couvert bei der Behandlungs-Commission einzureichen oder über dessen bei der nächsten Militärcaffe bewirkten Erlag den Depositenschein einzusenden, welches Badium nach Schluß der Behandlung denen, die nichts erstehen, rückgestellt, vom Ersterer aber bis zur erfolgten höheren Entscheidung rückbehalten wird und beim Contractsabschlusse als Caution auf 10 Percent zu ergänzen ist.

3. Ueber das Behandlungs-Resultat wird sich die Entscheidung der höhern Behörde vorbehalten, daher Offerte, welche einen kürzeren als 14tägigen Entscheidungs-Termin ansprechen, gar nicht berücksichtigt werden. Es steht dem Alerar frei, die Angebote auf die ganze ausgetobene Pachtzeit

oder nur auf eine kürzere Dauer und auch nur für einzelne Artikel zu genehmigen.

4. Offerte ohne Badien, oder solche, welche später einlangen, oder die den kundgemachten Bedingungen nicht entsprechend verfaßt sind, bleiben unberücksichtigt.

5. Auswärtige, der Behandlungs-Commission nicht bekannte Offerten haben ein ortsobrigkeitliches, von der politischen Behörde bestätigtes Certificat über ihre Unternehmungsfähigkeit für das in Rede stehende Subarrendirungs-geschäft beizubringen.

Die sonstigen im Behandlungs-Protokoll aufgenommenen Bedingungen können täglich in den Amtsstunden in der hiesigen Verpflegs-Magazins-Kanzlei eingesehen werden.

Subarrendirungs-Offerts-Formulare.

Ich Endesgefertigter, wohnhaft zu N. (Ort, Bezirk, Land), erkläre hiemit in Folge der Ausschreibung ddo. Laibach 1. Juli 1867, für die Station N.

die Portion Heu à 10 Pfund zu fr., sage

im Wege der Subarrendirung unter genauer Zuhaltung der kundgemachten und aller sonstigen für die Subarrendirung bestehenden, im Behandlungs-Protokoll aufgenommenen Contracts-Bedingnisse an das k. k. Militär abzugeben und für dieses Offert mit dem erlegten Badium von . . . fl. haften zu wollen.

N. am . . . ten 1867.

N. N.

(Vor- und Zuname und Charakter.)

U e b e r s i c h t

über die durch Subarrendirung sicherzustellenden Natural-Verpflegs-Bedürfnisse.

Die Behandlung wird abgeführt:				Beiläufige tägliche Erforderniß	
wann und wo?	für die Abgabs-Station	mit den Concurrenz-Orten	für die Zeit	Heu à	
				8	10
				Pfund	
				Portionen	
16. Juli 1867 in der Verpflegs-Magazins-Kanzlei zu Laibach	Laibach	Selo	vom 1. September bis Ende October 1867	38	337
	Krainburg	—		1	83
	Laß	—		—	95
	Bier	—		—	50
	Aldeberg	8mal im Monate für Durchmärsche		—	200
	Mudolfswerth			—	200
	Krazen			—	200
	Laibach			—	200

k. k. Militär-Verpflegs-Magazins-Verwaltung. Laibach, am 1. Juli 1867.

